

Protokoll

über die Sitzung des
Bau-, Planungs-, Landwirtschafts-, Umwelt-, und Forstausschusses
sowie des
Sozial-, Sport- und Kulturausschusses,
am Mittwoch, den 06. Februar 2019; 19:00 Uhr
im kleinen Saal der Rentmeisterei

Beginn: 19:02 Uhr

Ende Uhr 20:20 Uhr

Anwesende:

vom Bau- und Planungsausschuss:

Vorsitzender Herr Jürgen Pawlik
Herr Bernhard Geist
Herr Willi Jäckel
Frau Eva Heldmann
Frau Beate Beerbohm
Frau Svenja Siehndel in Vertretung für Herrn Jochen Blatz
Herr Karl Heinz Urich in Vertretung für Herrn Georg Strack

vom Sozial-, Sport- und Kulturausschusses:

Vorsitzende Frau Svenja Siehndel
Frau Eva Heldmann
Frau Helga Marx
Herr Reinhold Nisch
Frau Beate Beerbohm in Vertretung für Frau Heike Jäger
Herrn Bernhard Geist in Vertretung für Herrn Janis Blatz
Herrn Willi Jäckel in Vertretung für Frau Alexandra Lutz

vom Magistrat:

Bürgermeister Axel Muhn
Stadtrat Herrn Jörg Seifert ab 19:45 Uhr

von der Stadtverordnetenversammlung

Frau Hedwig Seiler

von der Verwaltung:

Stadtbaumeister Kolja Sparrer
Stadtbauamt/Schriftführerin Melanie Weidmann

von der Presse:

-

Folgende Tagesordnung ist vorgeschlagen:

- 1.) **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2.) **Mitteilungen**
- 3.) **Beratung und Beschlussempfehlung zum Standort des Neubaus für die Kindertagesstätte Zell und zum weiteren Vorgehen**
- 4.) **Beratung und Beschlussempfehlung für die Beauftragung zur Erstellung eines Straßenkatasters im Rahmen einer IKZ**

- 5.) **Beratung und Beschlussempfehlung für die Beauftragung von Beratungsleistungen zur künftigen Form der Erhebung von Straßenbeiträgen oder deren Abschaffung**
- 6.) **Anfragen.**

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses, Herr Pawlik, eröffnet zusammen mit Frau Siehdnel, der Vorsitzenden des Sozial-, Sport- und Kulturausschusses die gemeinsame Sitzung.

Er begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, den Bürgermeister Axel Muhn, Frau Seiler von der STVV, die Vertreter aus der Verwaltung, sowie die anwesenden Zuschauer.

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest und erklärt des Weiteren, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgte.

Da auf Nachfrage gegen die Tagesordnung keine Einwände erhoben werden, gilt diese wie vorgeschlagen.

TOP 2 Mitteilungen

Der Vorsitzende erteilt zu diesem TOP dem Bürgermeister das Wort.

Bürgermeister Axel Muhn begrüßt ebenfalls die Anwesenden und berichtet im Anschlussenden zu den aufgeführten Themenpunkten:

- **Biber:**
Im Februar findet ein erneutes Treffen mit dem RP und der UNB sowie der UWB statt, um die Situation zu prüfen. Die weiteren Maßnahmen bzw. die Antragstellung für eine möglich Umsiedlung und die dafür nötigen Unterlagen werden in Abstimmung mit den Behörden besprochen.
- **Case Centro:**
Die Umsetzung der Baumaßnahme soll noch in diesem Frühjahr mit den Erdarbeiten beginnen und wird die Stadt das ganze Jahr 2019 begleiten. Sobald es die Witterung zulässt, wird daher mit dem Aushub angefangen, ein Ort für die Zwischenlagerung wird von der Bauunternehmung Roos nach wie vor gesucht.
- **Wegfall von städtischen Blumenkübeln**
In den kommenden Tagen wird der Bauhof in der Kernstadt die städtischen Kübel zum Großteil abräumen. Der Grund hierfür liegt zum einen darin, dass die Waschbetonkübel nicht mehr zeitgemäß sind und zum anderen der Bauhof gerade in heißen Sommermonaten damit zusätzlich belastet ist. In der Vergangenheit schlug die Vermittlung von Patenschaften für Stadtgrün fehl, sodass letztlich hinsichtlich einer Begrünung – insbesondere in der Bahnhofstraße – weitergehende Planungen anstehen.
- **Bike Park**
Gemeinsam mit den Behörden, insbesondere der UNB wurden die möglichen Standorte weiter geprüft. Allein aufgrund der Kosten für die Bauleitplanung, der Ausgleichsplanung und den damit verbundenen Leistungen ist es nahezu aussichtslos die „große“ Lösung zu realisieren. Daher wurde mit Unterstützung des HSGB die Erstellung einer „kleineren“ Variante betrachtet. Wie diese doch

noch umgesetzt werden könnte, evtl. über den privilegierten Status, im § 35 BauGB wird demnächst mit der UNB thematisiert.

- Feuerwehrhaus Kinzigtal
Nachdem unter hohen Auflagen eine letzte Nachfrist gewährt wurde, hat in den vergangenen Tagen die Firma Fäth alle Fenster, ausgenommen der Fahrzeughalle eingebaut. Eine Abrechnung wird erst nach Freigabe durch einen Gutachter erfolgen. Bis Ende März sollen auch die Türen montiert sein. Hier ist noch nicht abschließend entschieden, ob dies auch durch die Fa. Fäth erfolgen soll.
- Energie Plus Siedlung,
Vergangene Woche wurde mit einem Festakt im Wiesbadener Landtag das 100-jährige Bestehen der HLG gefeiert. Den Feierlichkeiten haben der Bürgermeister zusammen mit dem Stadtbaumeister beigewohnt. Wie bereits im vergangenen Jahr berichtet, hat sich Bad König für das Pilotprojekt der HLG in Form einer Solarsiedlung beworben. Die Stadt Bad König kann für dieses Projekt einen geeigneten Standort bieten.
- Dorferneuerungsprogramm,
die Förderung der Dorferneuerung ist Teil der Strukturpolitik des Landes. Derzeit werden die Fördermodalitäten abgeändert. Somit steht die Überlegung an, ob hinsichtlich der Stadtentwicklung ggf. eine Teilnahme am Dorferneuerungsprogramm angestrebt werden sollte. Mit Frau Hofmann vom Landwirtschaftsamt in Reichelsheim wurden indes Gespräche geführt.

Nachdem der Bürgermeister keine weiteren Mitteilungen hat und alle Anfragen der Ausschussmitglieder beantwortet wurden, ruft der Vorsitzende TOP 3 der Tagesordnung auf.

TOP 3 Beratung und Beschlussempfehlung zum Standort des Neubaus für die Kindertagesstätte Zell und zum weiteren Vorgehen

Der Vorsitzende erläutert zum Sachstand dieses Vorhabens und erteilt dem Stadtbaumeister für die weiteren Ausführungen das Wort.

Stadtbaumeister Sparrer erklärt die Gründe für die zeitlichen Verzögerungen.

Für die Neuerrichtung der Kita Zell hat die Verwaltung auf Wunsch der Gremien zahlreiche Standorte in Zell und in der Kernstadt geprüft. Im Nachgang hierzu wurde der Neubau der Kita im Wohngebiet „Gänsbrunnen“ und an weiteren Standorten in der Nähe der Magdeburger Straße vorgeprüft.

Für alle Standorte, die in Frage kommen, ist eine Realisierung nur über eine Bauleitplanung möglich, einzig am Bestandsort kann auf Grund der bereits genehmigten Situation die Realisierung ohne B-Plan vom Kreis in Aussicht gestellt werden, was eine erhebliche zeitliche Einsparung bedeuten würde.

Zudem muss die verkehrliche Erschließung beachtet werden. Es kann geprüft werden, ob die Planung, durch den Stadtbaumeister (zumindest bis zur Entwurfsplanung) erfolgt.

Dadurch können Kosten in Höhe von ca. 100.000,- Euro eingespart werden.

Herr Sparrer weist in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, dass wenn er die Planungsleistungen des Kindergartens übernimmt, man sich darüber im Klaren sein muss, dass andere Projekte zurückstehen müssten. Eine zusätzliche Stelle ist im

Bauamt ohnehin notwendig. Die ursprünglich angedachte interne Unterbringung in einer Containerlösung, die mit zusätzlichen Kosten von ca. 150.000 Euro zu Buche geschlagen hätte, soll nun vermieden werden. Hierzu haben bereits intensive Gespräche unter anderem mit Frau Feldmann, Frau Volk vom Förderverein Dorfhaus Zell, Herrn Portzel von der Einrichtung „Apfelbaum“ aus Zell, der FFW Zell, dem Verkehrs- und Verschönerungsverein Zell sowie dem Ortsvorsteher standgefunden. Es wurde eine gemeinsame Lösung erarbeitet, sodass eine Unterbringung der bestehenden 3 Gruppen in der Abbruch- und Bauzeit im Dorfhaus und in der alten Schule wohl möglich sein wird.

Nachdem die aufkommenden Fragen vom Bürgermeister und Stadtbaumeister beantwortet wurden, bittet der Ausschussvorsitzende Herr Pawlik die Ausschussmitglieder um Abstimmung über folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Planungsausschuss schließt sich der Empfehlung der Verwaltung an, die Realisierung der Kita am Bestandsort in Zell zu favorisieren und die weiteren Schritte zu prüfen.

In Bezug auf die Möglichkeiten der Planung der Kita, soll ein Vorschlag erarbeitet werden.

Mit dieser Empfehlung gibt der Bau- und Planungsausschuss die Thematik nach eingehender Vorberatung befürwortend zur Beschlussfassung an die STVV.

Mit 7 Ja-Stimmen stimmt der Bau- und Planungsausschuss dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Anschließend lässt die Vorsitzende des Sozial- und Kulturausschusses Frau Siehndel über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Sozial – und Kulturausschuss schließt sich der Empfehlung der Verwaltung an, die Realisierung der Kita am Bestandsort in Zell zu favorisieren und die weiteren Schritte zu prüfen.

In Bezug auf die Möglichkeiten der Planung der Kita, soll ein Vorschlag erarbeitet werden.

Mit dieser Empfehlung gibt der Sozial- und Kulturausschuss die Thematik nach eingehender Vorberatung befürwortend zur Beschlussfassung an die STVV.

Mit 7 Ja-Stimmen stimmt der Sozial-, Sport- und Kulturausschuss dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern und ruft im Anschluss zur Abstimmung TOP 4 der Tagesordnung auf.

TOP 4 Beratung und Beschlussempfehlung für die Beauftragung zur Erstellung eines Straßenkatasters im Rahmen einer IKZ

Vorsitzender Pawlik erläutert wesentliche Hintergründe zur Thematik in diesem Punkt. Das Straßenkataster dient der Lokalisierung der Infrastruktur und der Erfassung verschiedenartigster Daten zum Thema Straße, sowie der Möglichkeit zur Auswertung dieser Daten, um so Aussagen über die Straßen und Straßenlage zu ermöglichen. Das Modell gliedert sich grundsätzlich in die mehrere Bestandteile und umfasst neben den Straßenzuständen auch die darunterliegende Infrastruktur wie das Wasser- und Kanalnetz.

Stadtbaumeister Sparrer erläutert weiter, dass durch eine Straßenzustandserfassung, die anschließende Digitalisierung und die Einpflege in das Geoinformationssystem (GIS) erforderliche Straßensanierungsarbeiten zukünftig besser vorausgeplant und budgetmäßig erfasst werden können. Die STVV hat daher die Verwaltung beauftragt Angebote für das Straßenkataster einzuholen und diese erneut zum Beschluss vorzulegen.

In diesem Zusammenhang wurde bereits in der letzten Sitzung eine mögliche Interkommunale Zusammenarbeit, im Folgenden „IKZ“, mit den Nachbarkommunen angekündigt.

Im Ergebnis aus Vorgesprächen mit diesen Kommunen war festzuhalten, dass die Stadt Bad König, die Stadt Breuberg, die Gemeinde Lützelbach und die Gemeinde Höchst i. Odw. Interesse zeigen, die Straßenzustandserfassung gemeinsam anbieten zu lassen. Herr Sparrer erläutert, dass im Fall einer IKZ das weitere Vorgehen nun zunächst die Antragstellung beim Ministerium wäre.

Nachdem Herr Sparrer alle aufkommenden Fragen beantwortet hat, bittet der Vorsitzende Herr Pawlik die Ausschussmitglieder des Bau- und Planungsausschusses um Abstimmung über folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag

Der Magistrat beschließt, der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) bezüglich der Straßenzustandserfassung zuzustimmen. Ein Antrag auf Förderung beim Ministerium des Inneren und für Sport soll gemeinsam mit der Stadt Bad König, der Stadt Breuberg, der Gemeinde Höchst i. Odw. und der Gemeinde Lützelbach gestellt werden.

Mit 7 Ja-Stimmen stimmt der Bau- und Planungsausschuss der Empfehlung einstimmig zu. Der Bau- und Planungsausschuss gibt die Empfehlung nach eingehender Beratung befürwortend zur Beschlussfassung an die STVV.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern und ruft im Anschluss zur Abstimmung TOP 5 der Tagesordnung auf.

TOP 5 Beratung und Beschlussempfehlung für die Beauftragung von Beratungsleistungen zur künftigen Form der Erhebung von Straßenbeiträgen oder deren Abschaffung

Einführend erläutert der Vorsitzende zu diesem TOP die Hintergründe in Bezug auf die Entscheidung zur künftigen Erhebung der Straßenbeiträge bzw. zu deren Abschaffung und erteilt Herrn Stadtbaumeister Sparrer das Wort.

Das Bauamt hat mit allen Beratungsunternehmen Vorgespräche geführt und empfiehlt in Bezug auf die Vorlage der Angebote und die fachliche Einschätzung eine Beauftragung von Eckermann und Kraus oder KC Becker. Im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Leistung empfiehlt die Verwaltung aus finanzieller und fachlicher Sicht die Beauftragung von KC Becker. Zudem bietet KC Becker als Eventualposition eine konkrete Modelberechnung an, die anhand einer Vergleichsberechnung einen konkreten Hinweis auf die Unterschiede der einzelnen Abrechnungsmodalitäten darstellt. Dies ist über genanntes Büro realisierbar, da dieses bereits die gesplitteten Abwassergebühren der Stadt Bad König betreut hat und daher das entsprechende Datenmaterial zu Verfügung hat. Als Mustersimulation könnte bspw. die Mainstraße näher für die möglichen Varianten beleuchtet werden.

Dies würde dann jedoch nochmal Kosten in Höhe von 1.125.- € (Netto) verursachen.

Weitere Fragen zum Thema werden ausführlich diskutiert.

Im Anschluss daran bittet der Vorsitzende die Ausschussmitglieder zur Abstimmung über folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussempfehlung:

Der B & P empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Beauftragung von Kommunal-Consult Becker AG, mit der Summe von 400,- Euro netto freizugeben.

Zusätzlich empfiehlt der B & P die Beauftragung der Eventualposition einer Modelberechnung mit den Kosten von 1.125,00 Euro netto.

Mit 7 Ja-Stimmen stimmt der Bau- und Planungsausschuss der Empfehlung einstimmig zu. Der Bau- und Planungsausschuss gibt die Empfehlung nach eingehender Beratung befürwortend zur Beschlussfassung an die STVV.

Herr Pawlik bedankt sich und ruft den letzten Punkt der Tagesordnung auf.

TOP 6 Anfragen

Frau Beerbohm spricht, auch gerade im Hinblick auf den jüngsten Vorfall im Kurgarten die z.T. ungenügende Beleuchtung in Teilen der Stadt an.

Die Ausschussmitglieder Herr Urich, Herr Geist und Herr Pawlik führen ebenfalls Beispiele an, in denen Sie die Ausleuchtung als ungenügend empfinden. Dies liegt zum Teil an zu kurzer Leuchtdauer, einer zu geringen Lampendichte und aber auch an störendem Straßenbegleitgrün.

Dieses Thema wird kontrovers diskutiert, wobei Herr Sparrer vorschlägt ggf. im Zuge der Maßnahme „Konzept 2020“, eine Änderung der restlichen Leuchten in diesem Jahr abzuwarten. Das Programm sieht neben dem Austausch der Leuchtmittel, in Teilen auch den Austausch von Aufsatzleuchten vor.

Hierzu merkt die Verwaltung an, dass die Schaltzeiten der Straßenbeleuchtung in Abstimmung mit der Straßenverkehrsbehörde und HSE, gemäß Richtlinien und DIN-Normen von der Bauabteilung erstellt und nach Beratung in Magistrat und B & P Ausschuss abschließend von der STVV beschlossen wurden. Insofern sind Änderungen nur in begründeten Ausnahmefällen und/oder unter privater Kostentragung möglich.

Frau Seiler fragt an, ob die Verwaltung auf das E-Mailschreiben in Bezug auf die Feinstaubbelastung in der Goethestraße schon geantwortet hat. Der Bürgermeister erklärt, dass er von diesem Schreiben bislang nichts erfahren hat und demzufolge aktuell keine Auskunft geben kann. Nachdem sich auf Nachfrage herausstellt, dass dieses Schreiben vom 03.02.2019 ist erschließt sich dem Bürgermeister die Problematik. Da die Ordnungsamtsleitung Frau Kees zurzeit krank ist und sich Ihre Vertretung im Urlaub befindet, bittet Herr Muhn um Verständnis für die Verzögerung. Frau Seiler bittet darum, dies zu prüfen.

Herr Nisch teilt mit, dass sich in der Bahnhofstraße vor dem Haus Nr. 41 und vor der Gaststätte „Deutschen Hof“ Pflastersteine im Gehweg abgesenkt haben. Dies stellt eine Gefahr für die Fußgänger dar, sodass er darum bittet, dass der Bauhof für Abhilfe sorgt.

Frau Heldmann möchte wissen ob in dem angedachten Straßenkataster auch die Bürgersteige mit aufgenommen werden. Herr Sparrer bestätigt dies.

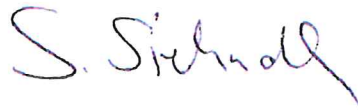
In der im Nachgang dazu aufkommenden Diskussion über den Rückstau im Bereich der Infrastruktur der Stadt, weist der Stadtbaumeister nochmal darauf hin, dass zum Beispiel derzeit vom Bauamt allein 7 Bauleitplanverfahren zu betreuen sind. Neben der täglichen Arbeit ist nun eben auch noch der Instandhaltungsrückstau von mehreren Jahrzehnten zu bewältigen. Diese Vielzahl von Aufgaben lässt sich bei dem derzeit knappen Personalstand von 2,5 AK nicht bewältigen. Der Bürgermeister bestätigt die Aussage und berichtet aus der Gemeinde Höchst, die im Bauamt im Vergleich über die doppelte Anzahl von Beschäftigten verfügt.

Herr Ulrich fragt nach, ob denn bei der HH Planung für 2019 für eine zusätzliche Stelle im Bauamt Gelder eingeplant wurden. Dies bestätigt der Bürgermeister.

Nachdem es keine weiteren Anfragen gibt, bedanken sich die beiden Vorsitzenden Siehdnel und Pawlik bei den Ausschussmitgliedern und den Anwesenden für ihre Teilnahme, schließen im Anschluss daran die Sitzung und wünschen einen guten Nachhauseweg.



Jürgen Pawlik
Vorsitzender des
Bau-, Planungs-,
Landwirtschafts-,
Umwelt- und
Forstausschusses



Svenja Siehdnel
Vorsitzende
des Sozial, - und
Kultur-
Ausschusses



Melanie Weidtmann
Schriftführerin
Stadtbauamt